

SA/009/2006 der Sitzung des Schulausschusses vom 01. **Februar 2006****Vertreter:**

Frau Verena Griggel	CDU	Vertretung für Herrn Tobias Poeplau
Herr Ulrich Rengers		Vertretung für Herrn Dieter Simon

Gäste:

Herr Tasso Eichel		Vorsitzender der Stadtschulleiterkonferenz
Herr Michael Hirschmeier		Lehrer Berufskolleg
Herr Jürgen Wagner		Lehrer Berufskolleg

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg		Beigeordnete
Herr Otto Reeker		Produktverantwortlicher Schule
Herr Raimund Gausmann		Fachbereich 2/51
Frau Wiebke Gehrke		Fachbereich 7
Frau Sabine Völkel		Schriftführerin

Enschuldigt:**Mitglieder:**

Herr Tobias Poeplau	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Dieter Simon	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Mitglieder:

Herr Wilhelm Hoffmann		Sachkundiger Einwohner
-----------------------	--	------------------------

Öffentlicher Teil:

Vorsitzende Nagelschmidt eröffnet die heutige Sitzung des Schulausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Nagelschmidt teilt mit, dass der TOP 5, Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen für die städtischen Schulen, von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Frau Ehrenberg ergänzt, dass die Festlegung einer Prioritätenliste der Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen für die städtischen Schulen in der Zuständigkeit des Schulausschusses liege.

1. Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung am 14. Dezember 2005

Herr Holtel merkt an, dass die Schulausschusssitzung am 14.12.2005 um 15.00 Uhr in der Kantine statt gefunden hat.

Ansonsten werden zu Form und Inhalt der o. a. Niederschrift keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 14. Dezember 2005 gefassten Beschlüsse

Frau Ehrenberg trägt folgenden Bericht zu TOP 4 - Ausbau der Ganztagsangebote in den Rheiner Hauptschulen und der städtischen Förderschule Lernen (Grüterschule) - vor:

„Die Stadt Rheine hat vorsorglich beim Schulamt für den Kreis Steinfurt beantragt, zur konzeptionellen Vorbereitung und Koordination des Ganztagsangebotes in den drei Rheiner Hauptschulen und der Grüterschule je Schule mindestens 0,5 Stellen bereitzustellen.

Über die Anträge für die zusätzlichen Stellen ist noch nicht entschieden worden.

Der Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung zum Ausbau des Ganztagsangebotes an Hauptschulen wurde erst mit Datum vom 25.01.06 bekanntgegeben und zunächst an die Bezirksregierungen weitergeleitet.

Er liegt der Stadt Rheine aber bereits vor und entspricht grundsätzlich dem Entwurf, der für die Beratung im Schulausschuss und Rat der Stadt Rheine am 14.12.05 zugrunde gelegt wurde.

Bei vorgesehenem Beginn des Ganztagsbetriebs zum 01.08.06 ist Antragschluss für die Anträge zur Umwandlung in Ganztagschulen der 15. März 2006.

Bis zu diesem Zeitpunkt müssen die Schulkonferenzen entscheiden, ob sie einer Umwandlung in gebundene Ganztagschulen zustimmen wollen. Die drei Rheiner Hauptschulen und die Grüterschule sind darüber informiert, dass die Schulkonferenzbeschlüssen bis Anfang März 2006 gefasst werden müssen. Im Vorfeld wird man Informationsveranstaltungen für die Eltern und Schüler durchführen.

Die verbindliche Erklärung des Schulträgers ist durch die Beschlüsse des Schulausschusses und Rates vom 14.12.05 bereits gegeben.

Dem Antrag zur Umwandlung in gebundene Ganztagschulen ist Folgendes beizufügen:

SA/009/2006 der Sitzung des Schulausschusses vom 01. **Februar 2006**

-
- die verbindliche Erklärung des Schulträgers, ab welchem Zeitpunkt die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen für die Aufnahme des Ganztagsbetriebs gegeben sind
 - die verbindliche Erklärung des Schulträgers und der Schule, zu welchem Zeitpunkt der Ausbau des Ganztagsbetriebs begonnen wird
 - das Gesamtkonzept der Schule mit einer verbindlichen Zeitplanung zur Umsetzung
 - Die Förderanträge für investive Mittel müssen bis zum 30.04.06 mit Kostenschätzungen für geplante Baumaßnahmen eingereicht werden.“

Weiter verliest Frau Ehrenberg folgende Information des Städte- und Gemeindebundes:

„Das Schulministerium NRW hat mündlich darauf hingewiesen, dass nach den derzeitigen Planungen Landesmittel für ca. 120 Ganztags Hauptschulen bis 2010 zur Verfügung stehen. Zum 01.08.2006 können bereits 100 Schulen ihren Betrieb aufnehmen. Dies hat zur Folge, dass die überwiegende Zahl der Ganztags Hauptschulen, die bis zum Jahr 2010 geplant sind, in diesem Jahr erreicht werden sollen. Soweit in ihrer Kommune Schulen zu Ganztags Schulen umgewandelt werden sollen, müssen die Anträge bis zum 15.03.06 eingereicht werden.“

Frau Ehrenberg berichtet, dass die in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse ausgeführt worden seien.

3. Informationen

3 a) Arbeits- und Projektplanung des Schulausschusses 2006

Frau Ehrenberg stellt das Arbeitsprogramm 2006 vor. Dieses ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

3 b) Errichtung eines einjährigen Bildungsgangs „Internationale Rechnungslegung und Besteuerung“ in Teilzeitform an den Kaufmännischen Schulen

Frau Ehrenberg erklärt, das Ministerium für Schule und Weiterbildung habe den Aufbaubildungsgang zum 01.08.06 genehmigt.

Die Genehmigung sei der Schulleitung in Anwesenheit der Presse am 25.01.06 übergeben worden. Die Presse habe ausführlich berichtet.

3 c) Wiedereinrichtung einer Bezirksfachklasse für den Ausbildungsberuf Kaufmann/Frau für Bürokommunikation an den Kaufmännischen Schulen in Rheine

SA/009/2006 der Sitzung des Schulausschusses vom 01. **Februar 2006**

Frau Ehrenberg berichtet, dem Antrag der Stadt Rheine sei stattgegeben worden.

Die Presse habe am 31.01.06 über den Ausbildungsberuf berichtet.

SA/009/2006 der Sitzung des Schulausschusses vom 01. Februar 2006**3 d) Übernahme des Eigenanteils im Rahmen der Schulbuchbestellung 2005 für Empfänger von Arbeitslosengeld II**

Frau Ehrenberg führt aus, es seien durch die vom Land NRW und vom Kreis Steinfurt empfohlene freiwillige Übernahme des Eigenanteils bei der Schulbuchbestellung 2005 für Empfänger von Arbeitslosengeld II, bei denen die Übernahme nicht Kraft Gesetz vorgesehen gewesen sei, der Stadt Rheine Mehrkosten in Höhe von 5.000 € entstanden.

Der Referentenentwurf des 2. Schulrechtsänderungsgesetzes, das zum 01.08.06 in Kraft treten solle, sehe vor, dass ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger bei der Lernmittelfreiheit den Empfängerinnen und Empfängern von Sozialhilfe gleichgestellt werden sollten. Ob das Land für einen finanziellen Ausgleich bei den Kommunen Sorge, sei noch nicht klar.

3 e) Antrag auf Erneuerung/Erweiterung des Kopernikus-Gymnasiums vom 20.12.2005

Frau Ehrenberg geht auf den Inhalt des Antrages ein und empfiehlt die Behandlung des Punktes nach Fertigstellung des neuen Schulentwicklungsplanes.

3 f) Antrag der Grüterschule auf Einsatz von Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen

Frau Nagelschmidt empfiehlt, die Entscheidung des Landes bezüglich der Umwandlung der Grüterschule in eine Ganztagsförderschule abzuwarten.

Der Schulausschuss spricht sich grundsätzlich einstimmig für den Einsatz von Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen aus.

Tonbandfundstelle: I/A/1330

**4. "In Bewegung" - Individuelle Berufswegeplanung für Jugendliche im Raum Rheine mit besonderem Förderbedarf
Vorlage: 032/06**

Frau Ehrenberg nimmt Bezug auf die Vorlage.

Herr Gausmann gibt Ausführungen zum Projekt Schulmüdigkeit/Schulpflichtverletzung als Kooperationsprojekt zwischen Hauptschulen, Gesamtschulen und Förderschulen in Zusammenarbeit mit dem Schulträger, der Polizei, dem Jugendamt, den Ordnungsbehörden u.a.

Herr Hirschmeier und Herr Wagner stellen das Projekt „Individuelle Berufswegeplanung für Jugendliche im Raum Rheine mit besonderem Förderbedarf“ vor. Frau Gehrke berichtet über Ausbildungspatenschaften für Jugendliche mit Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in den Beruf.

Kopien der Folien sind der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Berichte zur Schulmüdigkeit/Schulpflichtverletzung, zu Ausbildungspaten und zum Projekt „Individuelle Berufswegeplanung für Jugendliche im Raum Rheine mit besonderem Förderbedarf“ zur Kenntnis.

**5. Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen für die städtischen Schulen im Jahr 2006
Vorlage: 033/06**

Zu diesem Punkt lag noch keine Vorlage vor. Er soll in der nächsten Sitzung behandelt werden.

6. Einwohnerfragestunde

Es wird nichts vorgebracht.

7. Anfragen und Anregungen

Anfragen und Anregungen liegen nicht vor.

Ende des öffentlichen Teils:

18:35 Uhr

gez.

Beglaubigt:

Theresia Nagelschmidt
Ausschussvorsitzende

Sabine Völkel
Schriftführerin